

Pressemitteilung der GEW Thüringen vom 21.10.2015

Deutlich mehr Kinder und Jugendliche an Thüringer Schulen und Kitas: Die Landesregierung muss im Doppelhaushalt 2016/17 darauf reagieren

Anlässlich der aktuell laufenden Haushaltsverhandlungen des Landes Thüringen wird die GEW Thüringen wie üblich mit Landtagsabgeordneten zum „Hopfenberggespräch“ (29.10.2015) zusammen kommen. Die geplanten Ausgaben im Bildungsbereich sollen hinterfragt und auch vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingssituation kritisch kommentiert werden. Die Abgeordneten erhalten die Möglichkeit des direkten Gesprächs mit den Gewerkschaftsvertreter*innen.

„Es ist Zeit, den eingeschlagenen Weg des Stellenabbaupfades vor allem für die Bereiche zu überdenken, in denen die Jüngsten und Schwächsten unserer Gesellschaft davon betroffen sind. Eine an humanen Grundsätzen orientierte Politik kann nicht in dogmatischer Art und Weise vorgehen, sondern muss sich auch an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen orientieren“, so Kathrin Vitzthum, Landesvorsitzende der GEW Thüringen.

Aufgrund der zu erwartenden 300.000 zusätzlichen Schüler*innen und ca. 100.000 Kindern im Vorschulalter bundesweit ergeben sich nach der Verteilung nach dem „Königsteiner Schlüssel“ für Thüringen erhebliche personelle Mehrbedarfe. Diese müssen dringend gedeckt werden und im Haushaltsplan für 2016/17 Eingang finden, will diese Landesregierung nicht die schulischen Bedingungen aller Kinder und Jugendlicher verschlechtern:

- ca. 500 zusätzliche Lehrkräfte für Willkommensklassen,
- ca. 300 zusätzliche Lehrer*innen für den regulären Unterricht (anstelle der notwendigen 800 Lehrer*innen wurden bisher im Jahr 2015 nur 500 Lehrer*innen neu eingestellt),
- ca. 280 zusätzliche Erzieher*innen,
- an jeder Schule in Thüringen muss mindestens ein/e Schulsozialarbeiter/in fest und in Vollzeit angestellt sein. Derzeit gibt es 260 Schulsozialarbeiter*innen in Thüringen bei ca. 1.000 staatlichen wie nicht-staatlichen Schulen, die aber zumeist nur befristete Arbeitsverträge erhalten. Es gilt, die Schulsozialarbeiter als wichtigen Teil der Schule endlich ernst zu nehmen und diese Beschäftigten dauerhaft und nicht prekär in das System zu integrieren.

Kathrin Vitzthum zur Frage, woher all die Lehrer*innen kommen sollen: „Wir schlagen dem Bildungsministerium vor, doch endlich die vielen gut und teuer ausgebildeten Lehrer*innen, die aufgrund ihrer Fachkombination bisher nicht eingestellt wurden, in Vollzeitstellen zu bringen. Dann könnte man 50% ihrer Arbeitszeit für Unterrichtsverpflichtungen nutzen und die anderen 50% für eine Weiterbildung zur Lehrerin / zum Lehrer für Deutsch als Zweitsprache.“